

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit dem Staatsvertrag zur deutschen Einheit

Der Bundestag und die Volkskammer haben am 21. Juni dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie gleichlautenden Entschlüssen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit großer Mehrheit zugestimmt.

„Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutenden Entscheidungen wie heute.“ Mit diesen Worten eröffnete Bundeskanzler Helmut Kohl die abschließende Beratung des Bundestages, und unter starkem Beifall stellte er fest: „Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR sind jetzt wieder — und fortan — unauflöslich miteinander verbunden.“ Zur Entschlüsselung über die Oder-Neiße-Grenze erinnerte der Bundeskanzler an das „große Unrecht“ der Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und erklärte gleichzeitig, daß ohne die Bestätigung des heutigen Grenzverlaufs die Deutschen ihre Chance zur Einheit verspielen würden.

Helmut Kohl drückte den Wunsch aus, daß Deutsche und Polen in gut nachbarschaftlichen Beziehungen leben können und nannte als Ziel der deutschen Politik eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen und Völker überhaupt in gemeinsamer Freiheit zusammenleben — „ein Haus der Freiheit für alle Europäer“.

Der Bundesrat hat dem Staatsvertrag mit der DDR am 22. Juni mit breiter Mehrheit zugestimmt. ■

HEUTE AKTUELL

- **Regierungserklärung**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Einheit. Seite 2
- **Staatsvertrag**
Die SPD und der Staatsvertrag: Falsches Spiel mit den Nachbesserungsforderungen. Seite 16
- **Sozialdemokraten**
Generalsekretär Volker Rühle: SPD stempelt Lafontaine zum Kanzlerkandidaten zweiter Klasse. Seite 24
- **Eigentum**
Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Regelung offener Vermögensfragen. Seite 26
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Unsere Sommerwerbemittel. Seite 32
- **Drogen**
Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan: Prävention steht im Mittelpunkt. Seite 34
- **Dokumentation**
In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland. Musterrede zum Staatsvertrag, zur deutschen Einheit und zur Wahl 90. Grüner Teil

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Einheit

Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutsamen Entscheidungen wie heute. Nach über 40 Jahren schmerzlicher Trennung stehen wir jetzt vor der Erfüllung der Hoffnung der Menschen in Deutschland auf die Einheit und die Freiheit aller Deutschen. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Entschließung zur Grenze des künftigen vereinigten Deutschland mit Polen geht es um entscheidende Schritte auf dem Weg, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Es kommt jetzt darauf an, daß wir dieser historischen Chance gewachsen sind, daß wir sie verantwortungsbewußt, klug und in Würde zu nutzen wissen. Wir können die Bedeutung dieser Stunde nur ermes- sen, wenn wir alle uns vergegenwärtigen, was die Lebenserfahrung unserer Lands- leute in der DDR in den letzten 40 Jahren war. Sie haben ein System überwunden, das vielen Menschen großes Leid, Elend und Verzweiflung gebracht und manchen das Leben gekostet hat.

Gerade in diesen Tagen hat sich wieder gezeigt, wie verwerflich dieses System war: Es hat mit Terroristen zusammenge- arbeitet, die hier bei uns in der Bundesre- publik Deutschland Menschen gemordet haben.

Mauer und Stacheldraht sind die schrecklichen Symbole einer Zeit, in der Deutsche nicht zu Deutschen

kommen durften. Wir trauern heute besonders um jene, die in den Lagern des Stalinismus, in Gefäng- nissen und Zuchthäusern einge- sperrt, gedemütigt, gequält und nicht selten ermordet wurden.

Sie alle wollten — wie vor allem die Opfer des 17. Juni — in Freiheit ein men- schenwürdiges Leben führen. Sie kämpf- ten für die Wahrheit und gegen die Lüge, gegen ein Regime, das ihnen von außen aufgezwungen war. Wir dürfen ihr schwe- res Schicksal niemals vergessen. Solches darf sich in Deutschland nie wiederholen.

Gerade an einem Tag wie heute muß uns allen bewußt sein, daß wir ihnen ver- pflichtet sind. Gerade an einem Tag wie heute muß es auch allen bewußt sein, daß das Leitwort des Jahres 1945 — „Nie wie- der Krieg, nie wieder Diktatur“ — für uns Deutsche nicht nur eine nationale Dimension hat, sondern weit darüber hin- ausweist.

Es hat in den vergangenen 40 Jahren in nahezu allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Männer und Frauen gege- ben, die sich — vom ersten Zusammen- treten des Bundestages an — leiden- schaftlich und mit ganzer Kraft für das Ziel der Freiheit und Einheit aller Deut- schen eingesetzt haben.

Stellvertretend für viele, die glücklich wären, könnten sie diese Stunde heute erleben, möchte ich den früheren SPD- Vorsitzenden Kurt Schumacher zitieren. In der Debatte über die erste Regierung^s

erklÄrung von Konrad Adenauer im September 1949 sagte er:

„Wir wÜnschen, daÙ bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen HerzenswÄrme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird.“

Dieser Geist der Gemeinsamkeit sollte heute alle Abgeordneten des Hohen Hauses leiten, wo sich uns jetzt die Chance bietet, den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfÜllen.

Nat¼rlich kann heute niemand sagen, wie spätere Generationen einmal über uns urteilen werden. Doch die heutigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unserer Nation.

Ich persönlich bin davon überzeugt, daß jeder einzelne von uns danach beurteilt werden wird, ob er in dieser entscheidenden Stunde kleinmütig versagt hat.

Die Bundesregierung will jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß bald alle Deutschen gemeinsam in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir stehen damit vor einer der größten Gestaltungsaufgaben der Nachkriegsgeschichte.

Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit. Für die Menschen in Deutschland wird damit — in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens — die Einheit erlebbare Wirklichkeit.

Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich damit die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung ihrer Lebensbedingungen. Sie richten ihre Hoffnungen auf diesen Staatsvertrag, und

Erklärung der Bundesregierung

zum Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, zu den äußeren Aspekten der deutschen Einheit und zu den deutsch-polnischen Beziehungen, abgegeben von Bundeskanzler

Helmut Kohl

vor dem

Deutschen Bundestag

sie erwarten von uns, daß diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Der Staatsvertrag ist Ausdruck der Solidarität unter den Deutschen: Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR sind jetzt wieder — und fortan — unauflöslich miteinander verbunden.

Der Staatsvertrag dokumentiert den Willen aller Deutschen, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen: in einem vereinten, in einem freien Deutschland.

Ich rufe alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. Er weist den Weg zur Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiert, der will den Weg zur Einheit nicht.

Für die Menschen in der DDR ist es wichtig zu wissen, daß die Botschaft der Solidarität auch hier bei uns von einer

großen Mehrheit getragen wird. Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute zurück. Er stellt in einer entscheidenden Stunde der deutschen Geschichte die Fähigkeit zum Miteinander, zur nationalen Solidarität in Frage.

Ich bin mir bewußt, daß der Weg, den wir jetzt einschlagen, schwierig sein wird. Das wissen auch die Menschen in der DDR. Aber sie sagen uns allen auch unmißverständlich: Der Staatsvertrag muß kommen.

Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, daß Mecklenburg/ Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

Wer jetzt behauptet, man hätte sich doch mehr Zeit lassen können, der verkennt die Realitäten in Deutschland, und er verdrängt die Erfahrungen der letzten Monate. Es sind die Menschen in der DDR, die das Tempo der Entwicklung bestimmt haben und im übrigen weiter bestimmen werden.

Hunderttausende von Übersiedlern sind in die Bundesrepublik gekommen, weil sie in der DDR keine Zukunftsperspektive mehr sahen — Menschen, die für den Aufbau in der DDR dringend gebraucht werden. Erst die Aussicht auf die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat viele unserer Landsleute wieder Hoffnung schöpfen lassen.

Ein Hinauszögern des Staatsvertrages — mit welchen Argumenten auch immer — hätte den Zusammenbruch der DDR bedeutet. Die Übersiedlerzahlen wären erneut sprunghaft angestiegen — wie wir alle wissen, mit verheerenden Folgen.

Wer wollte dafür die Verantwortung übernehmen?

Die Deutschen in ihrer großen Mehrheit wollen den Staatsvertrag, weil sie die Einheit wollen — und weil sie wissen, daß der jetzt eingeschlagene Weg der richtige ist.

Natürlich fragen sich viele bei uns wie in der DDR, was dieser beispiellose Vorgang für sie ganz persönlich bedeutet — für ihren Arbeitsplatz, für ihre soziale Sicherheit, für ihre Familien. Ich denke, wir alle nehmen diese Sorgen ernst.

Für das große Ziel der Einheit unseres Vaterlandes werden auch wir in der Bundesrepublik Opfer bringen müssen. Ein Volk, das dazu nicht bereit wäre, hätte seine moralische Kraft längst verloren. Aber ich bin sicher: Wir werden diese große Aufgabe in gemeinsamer Anstrengung zum Wohle der ganzen Nation bewältigen.

Es wird harte Arbeit, auch Opfer, erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklichen können. Viele unserer Landsleute in der DDR werden sich auf neue und ungewohnte Lebensbedingungen einstellen müssen — und auch auf eine gewiß nicht einfache Zeit des Übergangs. Aber niemandem werden dabei unbillige Härten zugemutet.

Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor — dafür vielen besser.

Für die Deutschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen. Es geht darum, einen Teil dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Lands-

leuten in der DDR als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen. Für mich ist dies ein selbstverständliches Gebot nationaler Solidarität.

Es ist zugleich eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Es ist eine Investition, die sich bald bezahlt machen wird. Denn der wirtschaftliche Aufbruch in der DDR wird allen zugute kommen — den Deutschen in Ost und West und unseren Partnern in Europa und weltweit.

Wann je waren wir wirtschaftlich besser gewappnet für die Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit als heute? Die Wirtschaft in der Bundesrepublik floriert. Der wirtschaftliche Aufschwung geht jetzt in sein achttes Jahr. Das Ende ist glücklicherweise nicht abzusehen. Wann je hat es das zuvor gegeben?

Wir haben alle Möglichkeiten, die nationale Herausforderung der Deutschen zu bewältigen, wenn wir solidarisch zusammenstehen und wenn wir die Chancen nutzen, die sich uns jetzt bieten.

Wir werden es schaffen — wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über 40 Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben. Damals haben die Menschen mit ihrem Mut und mit ihrer zähen Entschlossenheit, mit Fleiß und mit Einfallsreichtum und nicht zuletzt mit dem Bewußtsein für die gemeinsame Aufgabe eine stabile Demokratie errichtet.

Sie haben Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für einen Teil Deutschlands verwirklicht. Wir wollen, daß dies alles jetzt endlich auch für das ganze Deutschland Wirklichkeit wird. Der Staatsvertrag, über den wir heute abstimmen, ist dafür Voraussetzung.

Die Herstellung der deutschen Einheit wird international nur akzeptiert werden, wenn die Gespräche über deren äußere Aspekte Erfolg haben, das heißt, die Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einerseits sowie den Vier Mächten USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion andererseits.

Morgen wird in Ost-Berlin das zweite Treffen im Rahmen der sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche auf Außenministerebene stattfinden. Weitere Treffen sind für Mitte Juli in Paris und für Anfang September in Moskau angesetzt.

Nach unseren Unterredungen mit allen Partnern in diesem Gesprächskreis bin ich zuversichtlich, daß es gelingen wird, die auf der Tagesordnung stehenden Fragen rechtzeitig und zufriedenstellend zu lösen.

Dazu gehört insbesondere die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeit für Berlin und Deutschland als Ganzes.

Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir dem für November geplanten Sondergipfel der KSZE-Staaten das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche präsentieren. Ziel dieser Gespräche muß die volle Souveränität für das wiedervereinigte Deutschland sein.

Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, hat mehr Nachbarn als jeder andere europäische Staat. Wir wissen, daß das geeinte Deutschland im politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Europas von morgen ein besonderes Gewicht haben wird.

Wir sind uns deshalb von Anfang an bewußt gewesen, daß die Einheit Deutschlands alle unsere Nachbarn fundamental berührt und sie natürlich auch

bewegt, ja oft auch besorgt macht. Fast alle haben unter den Gewalttaten des NS-Regimes schwer zu leiden gehabt. Wir müssen die Fragen verstehen, die so mancher sich — und uns — heute stellt. Wir sollten darauf Rücksicht nehmen, und wir wollen dies tun.

Wir Deutsche sind ein Volk. Wir dürfen von allen Nachbarn, Partnern und Freunden erwarten, daß sie unseren Wunsch — die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden — unterstützen. Wir akzeptieren unsererseits, daß die deutsche Frage und ihre Lösung nicht allein uns Deutschen gehören.

Wir wollen am Ende eines Jahrhunderts, das Europa so viel Krieg, Leid und Not gebracht hat, mit allen unseren Nachbarn zu dauerhafter Verständigung und Versöhnung kommen. Wir wollen mitbauen an einem neuen, an einem geeinten Europa.

Deutsche Einheit und Einheit Europas bedingen einander. Das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks schafft den Rahmen, in dem sich die Einheit Deutschlands in Freiheit vollenden kann. Die Vereinigung unseres Vaterlandes wird der politischen Einigung Europas einen entscheidenden Impuls geben. Dies gilt auch für das große Ziel eines Europas, das als Ganzes wieder zu einer kulturellen, ökonomischen und politischen Einheit zurückfinden muß.

Ein Deutschland, das sich in Freiheit vereinigt, wird niemals eine Bedrohung, dafür um so mehr ein Gewinn für Europa und alle unsere Partner sein. Von deutschem Boden werden Frieden und Freiheit ausgehen! Gerade auch in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten — vor allem zu Polen und

zur Sowjetunion — wollen wir dies deutlich machen.

Zusammen mit dem polnischen Volk müssen wir uns — im wachen Bewußtsein für die Belastungen der Vergangenheit — der großen Aufgabe stellen, für die junge Generation unserer beiden Völker eine Zukunft in Frieden und gemeinsamer Freiheit zu gestalten.

Das polnische Volk soll wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar, ein zuverlässiger Partner auf dem „Weg nach Europa“ sein.

Dazu gehört, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie unumstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen, einen zukunftsweisenden Charakter verleihen — nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.

Der Deutsche Bundestag richtet heute — gemeinsam mit der Volkskammer der DDR — eine unmißverständliche Botschaft an Polen: Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig.

Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden.

Für das künftig geeinte Deutschland kann erst eine gesamtdeutsche Regierung eine für die Zukunft völkerrechtlich verbindliche Unterschrift leisten. Erst ein gesamtdeutsches Parlament kann einen solchen Vertrag ratifizieren. Klar ist: Am Willen des deutschen Volkes — bekundet durch den Deutschen Bundestag und die

Volkskammer der DDR — kann nicht gezweifelt werden.

Wir vergessen nicht, welches Leid und Unrecht von Deutschen anderen Menschen und Völkern zugefügt wurde. In meiner Regierungserklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns habe ich gesagt: „Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gibt es nichts zu deuteln.“ Dem polnischen Volk hatte er den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden.

Das NS-Regime hat den Krieg zu verantworten, wie seine Folgen, und damit auch — gemeinsam mit Stalin — unseren Verlust Ostdeutschlands. So mußten die Menschen, die dort lebten, ohne eigene Schuld für die Verbrechen anderer einen hohen Preis entrichten.

Es leben viele in unserem Land, die die Erklärung, die wir heute abgeben, tief berührt und schmerzt. Sie sind ihrer Vorfahren Heimat mit dem Herzen fest verbunden. An einem Tag wie heute können sie nichts anderes als Trauer empfinden. Kein Mensch hat das Recht, ihren Gefühlen seine Achtung zu versagen. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen, und wir können sie gut verstehen.

Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muß auf die Frage der polnischen Westgrenze eine klare Antwort geben.

Dies erwarten nicht nur die Polen von uns. Dies erwarten ebenso alle unsere Nachbarn und Partner in Europa und vor allem auch die Vier Mächte, also die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion.

Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.

Die Entscheidung, die wir als frei gewählte Abgeordnete heute hier treffen müssen, ist richtig und notwendig. Denn es geht um die Einheit und Freiheit Deutschlands, und zugleich geht es um ein Werk des Friedens und der Versöhnung.

Ich weiß, daß es im Blick auf die 700jährige Geschichte der Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auch einigen Kollegen im Deutschen Bundestag nicht leicht fällt, dieser Entschliebung zuzustimmen. Bei aller Freude darüber, daß mit der Verabschiedung des Staatsvertrages die Einheit der Deutschen in gemeinsamer Freiheit in greifbare Nähe rückt, ist dies für niemanden eine leichte Stunde. Freude, Ernst und Trauer liegen eng beieinander.

Wir blicken zurück auf eine lange gemeinsame Geschichte, in der die Städte und Dörfer Schlesiens, des östlichen Brandenburg, Pommerns, West- und Ostpreußens und anderer Landschaften für Deutsche Heimat waren. Sie haben dieser europäischen Kulturlandschaft ihr unverwechselbares, ihr historisches Gepräge gegeben.

Ich denke daran, daß dieses Land in Glück und Unglück, in Freude und Leid Lebensmittelpunkt von vielen Generationen von Deutschen war. Millionen von Deutschen haben dort ihre Wurzeln. Noch immer leben dort deutsche Familien Seite an Seite mit ihren polnischen Nachbarn.

Im Bewußtsein und in den Gefühlen vieler Deutscher sind die Landschaften östlich von Oder und

Neiße, wo sie für ihr Leben prägende Eindrücke erfahren haben, als Heimat lebendig. Dieses ganz ursprüngliche Gefühl der persönlichen Verbundenheit verdient jedermanns Achtung, ja, Sympathie.

Die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ist und bleibt Bestandteil des geschichtlichen Erbes der deutschen Nation. Uns Deutschen liegt viel daran — ich will mich auch persönlich dafür einsetzen — dieses Kulturerbe zu bewahren und zu pflegen.

Dieses Erbe bleibt lebendig, es ist unverlierbarer und unvergänglicher Bestandteil unserer Geschichte wie auch des kulturellen Reichtums Europas. Noch in vielen Jahren und Generationen werden sich Menschen an den Gedichten Eichendorffs erfreuen, und was Immanuel Kant zum „ewigen Frieden“ geschrieben hat — über einen Föderalismus freier Staaten, über die Herrschaft des Rechts —, bleibt ein Wegweiser in das Europa der Zukunft.

Wahrheit ist — und das darf an einem Tag wie heute nicht verschwiegen werden —: Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war ein großes Unrecht. Es gab dafür keine Rechtfertigung, weder moralisch noch rechtlich. Wir können auch Jahrzehnte danach nicht erklären, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen.

Ich weiß, daß die Erfahrung von Flucht und Vertreibung auch nach Jahrzehnten noch schmerzt. Der Tod von Familienangehörigen und Freunden, das Zurücklassen von Hab und Gut, von Haus und Hof sind ein schweres Schicksal. Die Betroffenen werden ihren Schmerz aber noch

stärker empfinden, wenn das ihnen ange-tane Unrecht verschwiegen wird.

Deshalb sind wir dankbar für die Worte, die Persönlichkeiten wie der jetzige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, wie der Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, der dieses Jahr mit dem Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken ausgezeichnet wurde, und andere in der gemeinsamen Erklärung deutscher und polnischer Katholiken zum 1. September 1989 gefunden haben. Sie schrieben:

„Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, dabei Tote zu beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl.“

Sie setzten damit ein sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Gerade auch die deutschen Heimatvertriebenen haben in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 schon früh ein großartiges Bekenntnis zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und zur Schaffung eines geeinten Europas abgelegt. Sie erklärten damals:

„Die Vertriebenen werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ... Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“

Nicht Rache, nicht Vergeltung: mit die-

sen Worten haben sie ihre eindeutige Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit gegeben. Sie haben damit vor aller Welt bekundet, daß die Saat des Hasses und der Gewalt — die Saat Hitlers und Stalins — nicht fortlaufend neues Unrecht hervorbringen darf.

Heute sind in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße polnische Familien in zweiter und dritter Generation ansässig, diese Gebiete sind ihnen zur Heimat geworden. Wir Deutsche wollen nicht, daß Krieg und Elend, Blut und Tod immer wieder aufgerechnet werden. Wir wollen nach vorne schauen, auf die Zukunft kommender Generationen. Dies wird und kann eine Zukunft in Frieden und Freiheit sein.

Wir schauen vor allem auch auf die junge polnische Generation, die heute in Pommern, Schlesien und anderswo lebt, und wir rufen ihr zu: Wir wollen Frieden, wir wollen Verständigung, wir wollen Aussöhnung. Wir wollen ein freies und einiges Europa.

Mit der Vereinigung Deutschlands verbindet sich jetzt die Chance, eine endgültige und dauerhafte Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu erreichen. Die Zeit dafür ist reif.

Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß jetzt endlich auch zwischen Deutschen und Polen möglich werden. In meiner Heimat, in der Pfalz, habe ich miterleben können, wie die deutsch-französische Freundschaft gewachsen ist. Diese Freundschaft wird für die deutsche Außenpolitik immer von existentieller Bedeutung bleiben.

Noch vor wenigen Jahrzehnten, in meiner eigenen Schulzeit, sollten die Kinder dort, wie überall in Deutschland und

überall in Frankreich, im bösen Geist einer angeblichen Erbfeindschaft erzogen werden. Doch Haß und Feindschaft wurden überwunden, weil die Menschen es endlich so wollten. Über offene Grenzen kamen und kommen sie zusammen und lernen einander kennen. In freien Begegnungen konnten sich Verständnis und Vertrauen entfalten. Heute überqueren junge Deutsche und junge Franzosen ganz selbstverständlich den Rhein, um Freundschaft zu schließen.

Es ist mein Wunsch — und ich hoffe, es ist unser Wunsch —, daß ein solches Miteinander über die Grenzen hinweg zwischen jungen Deutschen und jungen Polen bald ebenso selbstverständlich sein wird. Deshalb rufe ich dazu auf, das deutsch-polnische Jugendabkommen, das wir bei meinem Besuch in Polen im November des vergangenen Jahres vereinbart haben, mit Leben zu erfüllen und tatkräftig für eine gemeinsame Zukunft zu nutzen.

Wir vergessen allzu leicht: Ein freies und vereintes Deutschland kann gegenüber Polen auch an gute, ja, an beste Traditionen anknüpfen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern sind in der Vergangenheit keineswegs nur von Zwietracht, von kriegerischen Konflikten und vom Leid der Menschen überschattet gewesen. Im Gegenteil: Es gab lange Perioden fruchtbaren Austauschs, ja, eines harmonischen Miteinanders. Die heilige Hedwig gehört beiden Nationen.

Wir müssen auch endlich begreifen, was der polnische Dichter und Denker Cyprian Kamil Norwid im 19. Jahrhundert festgestellt hat: „Eine Nation besteht nicht nur aus dem, was sie von anderen unterscheidet, sondern auch aus dem, was sie mit anderen verbindet.“

Auch in schlimmster Zeit hat es Deutsche

gegeben, die Menschlichkeit gegenüber Polen geübt haben. Neben den vielen, die sich als Werkzeuge des Verbrechens mißbrauchen ließen, gab es auch allemal „Zehn Gerechte“, wie der Titel eines polnischen Erinnerungsbuches über die deutsche Besatzungszeit heißt.

Es waren deutsche Patrioten, die 1830 — während des polnischen Freiheitskampfes — gebannt und voller Hoffnung auf den Sieg der polnischen Sache setzten. Es war das Vorparlament der Frankfurter Paulskirche, das die Befreiung Polens zur „heiligen Pflicht des deutschen Volkes“ erklärte. Und es waren wiederum Polen, die 1848/49 unter der schwarz-rot-goldenen Fahne für die Revolution kämpften.

Diese Erfahrungen, das gemeinsame Ringen von Polen und Deutschen um Freiheit, sind von den Verbrechen in unserem Jahrhundert zum Teil verschüttet worden — verloren sind sie nicht. Es gilt, sie im Gedächtnis der Völker zu neuem Leben zu erwecken.

Wir dürfen nicht zu Gefangenen eines Denkens werden, das mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt. Wahrhaftigkeit ist oberstes Gebot, wenn die Aussöhnung zwischen den Völkern gelingen soll.

Die Verständigung zwischen Deutschen und Polen darf niemanden ausschließen, sie muß auch gerade die Heimatvertriebenen einbeziehen. Denn wer könnte mehr für Verständigung und Aussöhnung tun als die deutschen Heimatvertriebenen oder als diejenigen Deutschen, die noch jenseits von Oder und Neiße ihre Heimat haben, oder als ihre polnischen Nachbarn? Gerade diese Gruppen können zu Botschaftern der Aussöhnung werden. Sie haben als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen einen großen Auftrag.

Gemeinsam muß es uns darum gehen, in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten. Wir können dort Zeichen setzen, wie in einem Europa der Vielfalt die verschiedenen Völker und Kulturen einträchtig zusammenleben.

Dazu gehören die Bereitschaft zur Toleranz, die Achtung vor dem Nächsten, auch wenn er eine andere Sprache spricht, wozu er ein selbstverständliches Recht hat. Dazu gehört unverzichtbar der Schutz der Minderheitenrechte.

Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung anlässlich meines Besuchs in Polen im November 1989 haben wir Fortschritte erzielt. Ministerpräsident Mazowiecki und ich erklärten damals:

„Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher beziehungsweise polnischer Abstammung sind oder die sich zu Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten.“

Es bleibt noch viel zu tun, damit die Menschen, die dort leben, ihre Kultur, ihr Brauchtum, ihre Traditionen pflegen können. Sie wollen sich in der Sprache ihrer Mutter ausdrücken können — nicht zuletzt auch im Gottesdienst. Ich meine, in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit sollte dies alles selbstverständlich sein.

In unserer Gemeinsamen Erklärung hieß es auch:

„Beide Seiten sind zutiefst überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker und für eine friedliche

Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt.“

Aus dem Geist eines neuen Vertrauens wollen wir diese Zukunft gestalten. Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden können, ohne deutsch-polnische Partnerschaft wird es sich nicht vollenden lassen.

Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen besiegeln zu können.

Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen und Völker in gemeinsamer Freiheit zusammenleben — ein Haus der Freiheit für alle Europäer, wie es in den Worten Konrad Adenauers aus dem Jahre 1961 ausgedrückt ist. Diese europäische Friedensordnung muß sowohl die Demokratien Nordamerikas als auch die Sowjetunion einschließen.

Amerika ist auf dreifache Weise in Europa verankert: durch die Atlantische Allianz, durch eine intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft sowie durch die aktive Rolle Amerikas im KSZE-Prozeß.

Eine der großen Herausforderungen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen — politisch, in Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell.

Jahrzehnte des Ost-West-Konfliktes haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, son-

dern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Bis in unsere Gegenwart hinein hat sie unersetzliche Beiträge zu unserem europäischen Kulturerbe geleistet.

Die Werke von Wassily Kandinsky und Dimitrij Schostakowitsch gehören allen Europäern. In den Romanen von Alexander Solschenizyn und Boris Pasternak spiegeln sich nicht nur bewegende Teile der europäischen Geschichte, sie sind auch ein Bekenntnis zur Humanität und Würde des einzelnen. Der gebürtige Russe Marc Chagall hat mit seinen großartigen Werken — ich denke an die Kirchenfenster in Mainz und Metz — Brücken der Kunst zwischen den europäischen Völkern geschlagen. Er verkörpert damit wie wenige die gemeinsame christlich-jüdische Tradition Europas.

Vor zwei Jahren beging Rußland das tausendjährige Jubiläum seiner Christianisierung. Einmal mehr wurden wir daran erinnert, daß dieses große Volk jene geistige Grundlage mit uns teilt, auf der die Idee von der unveräußerlichen Würde des einzelnen Menschen beruht.

Die historisch-kulturelle Verbundenheit mit Europa hat eine lange Tradition. Sie kann jetzt für die Zukunft endlich auch politisch wieder fruchtbar gemacht werden.

Hierfür bietet sich zum einen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an, die mit der weiteren Überwindung des Ost-West-Gegensatzes ein wichtiges Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden kann. Dabei geht es um neue Formen ständiger Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung — unabhängig von der Größe oder Wirtschaftskraft eines Landes.

Zum anderen gilt es, noch stärker als bisher den Europarat als Instrument gesamt-

europäischer Zusammenarbeit zu nutzen. Er symbolisiert wie kaum eine andere Institution die Einheit Europas im Geist der Menschenrechte.

Heute und in Zukunft müssen die deutsch-sowjetischen Beziehungen dem gemeinsamen Ziel aller Europäer dienen, in freier Selbstbestimmung ein Europa der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit zu bauen. In diesem europäischen Rahmen haben wir auch die Chance, eine neue Epoche in unseren bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu gestalten.

Morgen jährt sich der Tag, an dem im Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion erfolgte. Damit begann das schrecklichste und zugleich schmerzlichste Kapitel zwischen Deutschen und Russen sowie den anderen Völkern der Sowjetunion.

Wir haben die Millionen Opfer, die unsagbaren Leiden der Menschen und die Verwüstungen nicht vergessen.

Ich habe anlässlich des 45. Jahrestages des Kriegsendes Präsident Gorbatschow geschrieben:

„In diesen Tagen, in denen sich auch die Völker der Sowjetunion anschicken, des 45. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, möchte ich Ihnen und Ihren Mitbürgern unsere Verbundenheit in der Trauer um die Millionen Opfer, die dieser schreckliche Krieg in Ihrem Land gefordert hat, versichern. Auch wir Deutsche schließen sie in unser Gedenken ein und bekunden den trauernden Familien unser Mitgefühl.

Wir Deutsche haben aus diesen bitteren Jahren der Geschichte gelernt

und die Folgerungen gezogen. Gerade in dieser für uns Deutsche wichtigen Zeit, in der wir — nicht zuletzt auch dank der von uns in Moskau erreichten Verständigung — auf dem Wege zur staatlichen Einheit fortschreiten, möchte ich wiederholen: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!“

Letzte Woche hat mir Präsident Gorbatschow geantwortet. Er schreibt:

„In den vor uns liegenden Jahrzehnten wird das politische Klima in Europa in vieler Hinsicht von den Entscheidungen abhängen, die wir treffen werden. Ich gehe von unserer beiderseitigen Bereitschaft aus, so zu handeln, daß wir unseren Völkern den Weg ins kommende Jahrhundert auf einer qualitativ neuen Grundlage erleichtern.“

In unserem Verhältnis zur Sowjetunion ist in besonderem Maße historisches Verantwortungsbewußtsein, aber auch politische Gestaltungskraft gefordert. Wir Deutsche stehen deshalb zu unserem Wort, die berechtigten Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, gerade auch der Sowjetunion, zu achten. Dabei bleibt es für mich bei den Leitsätzen, die ich nach meiner Begegnung mit Präsident Gorbatschow im Februar dieses Jahres von dieser Stelle aus vorgetragen habe:

- Die Geschichte dieses Jahrhunderts zeigt: Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost, schwankendes Deutschland.
- Und umgekehrt gilt: Deutschland im festen Bündnis mit freiheitlichen Demokratien und in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Gemeinschaft ist der uner-

läßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade auch in seiner Mitte braucht.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO liegen auch im Interesse der Sowjetunion. Beides erhöht die Stabilität und die Sicherheit in ganz Europa.

Uns eröffnet sich jetzt die Chance, eine neue Phase der europäischen Geschichte einzuleiten, eine Phase, in der die Konfrontation durch Kooperation abgelöst wird, in der die europäischen Völker Sicherheit nur noch im Miteinander finden werden. Das bedeutet auch für die Sowjetunion den Durchbruch zu einer neuen Qualität der Sicherheit, die auch sie durch hochgerüstete Armeen niemals allein gewinnen wird.

Für die Lösung der jetzt anstehenden Fragen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche wird in den nächsten Monaten auch der Erfolg vielfältiger Verhandlungen entscheidend sein, in denen die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vorbereitet wird.

Erstens geht es um die Umgestaltung der Bündnisse selbst. Der Warschauer Pakt hat kürzlich eine Kommission berufen, die bis zum Herbst Vorschläge für seine Umwandlung in einen Vertrag souveräner, gleichberechtigter Staaten erarbeiten soll, der auf demokratischen Prinzipien beruht. Wir begrüßen diesen Schlußstrich unter die Vergangenheit und hoffen auf Ergebnisse, die den tiefgreifenden Veränderungen Rechnung tragen.

Unser Atlantisches Bündnis wird bereits auf dem Gipfeltreffen Anfang Juli in London entsprechend den Vorschlägen von Präsident Bush seine Entscheidungen treffen. Wir werden die künftige Rolle, die Strategie und die militärische Struktur der Atlantischen Allianz neu bestimmen.

Auch wir ziehen damit die Schlußfolgerungen aus den grundlegenden politischen und militärischen Veränderungen, die sich in fast allen Warschauer-Pakt-Staaten vollziehen. Wir wollen damit den politischen Charakter des Atlantischen Bündnisses verstärken und sein militärisches Gewicht den neuen Verhältnissen anpassen.

Darüber hinaus stellt sich uns die politische Schlüsselaufgabe, in einer gemeinsamen Willenserklärung der Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts zukunftsgewandt zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten.

Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnissysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten, und ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offenstehen.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind das zweite Feld, auf dem wir — parallel zu unserem Weg zur deutschen Einheit — auch Fortschritte und Erfolge setzen müssen. Dies gilt insbesondere für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.

Noch in diesem Jahr und rechtzeitig zum KSZE-Sondergipfel im November soll und muß ein erstes Abkommen in Wien fertiggestellt werden. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß sich Präsident Bush und Präsident Gorbatschow bei ihrem Gipfeltreffen in Washington hierauf verständigt haben. Im Verlauf der Wiener Verhandlungen soll nach allgemeinem Verständnis auch über die künftigen Streitkräfte eines geeinten Deutschlands und ebenso der anderen Teilnehmerstaaten verhandelt werden.

Aber Sicherheit in Europa kann unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr nur in militärischen Gleichgewichtsrechnungen, in

Waffenzahlen und in Personalstärken definiert werden. Wirtschaftliche Kooperation ist die dritte Säule der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, denn eine immer weiter fortschreitende Verflechtung Europas durch Handel und durch wirtschaftliche Kooperation bildet Vertrauen und stärkt damit die Stabilität.

Deshalb ist es auch ein unerläßlicher Beitrag zur europäischen Sicherheit, wenn wir heute als Bundesrepublik Deutschland und morgen als geeintes Deutschland unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn umfassende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik anbieten.

Wir müssen insbesondere bereit sein, ihnen, wenn sie dies wünschen, auf ihrem Reformweg hin zu politischem Pluralismus, zu Rechtsstaat und zu Marktwirtschaft mit Rat und Tat beizustehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Angesichts der Größe und der Bedeutung dieser Aufgabe können wir Deutsche sie selbstverständlich nicht allein schultern; wir brauchen das Zusammenwirken möglichst aller westlichen Partner.

Ich habe deshalb alle unsere Partner gebeten, diese Fragen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche in Dublin und auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Houston zu besprechen.

Von dort sollte nicht nur ein Signal zur politischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgehen. Wir Deutsche sind zu einem entsprechenden Beitrag bereit.

Wir sind auch bereit, die politischen Beziehungen zur Sowjetunion nach der Vereinigung Deutschlands auf eine weiterführende vertragliche Grundlage zu stellen.

Nicht zuletzt geht es darum, daß wir für die zukünftige Sicherheitsarchitektur

Gesamteuropas feste Fundamente legen. Sie sollen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu bewährten Institutionen, wie beispielsweise der NATO, dienen. Wir wollen gesamteuropäische Institutionen im Rahmen der KSZE schaffen. Hierzu sind von allen Seiten weiterführende Vorschläge eingebracht worden. Es ist jetzt an der Zeit, sie zu bündeln und zu Ergebnissen zu bringen.

Wir befinden uns auf einem guten Weg, um jetzt die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam mit allen unseren Partnern in West und Ost zu lösen. Ich bin gemeinsam mit allen anderen zuversichtlich, daß wir dies auch zeitgerecht schaffen können. Präsident Gorbatschow hat mir das in diesen Tagen noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Die Bundesregierung und ich selbst werden keine Zeit versäumen; wir wollen jede Chance zum Erfolg nutzen.

Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbinden sich die Hoffnungen von vielen Menschen und Völkern. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert enthält die Tagesordnung viele Themen, die wir nur in einer umfassenden Anstrengung aller freien Völker angehen können. Gemeinsam müssen wir für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird.

Die damit verbundenen Aufgaben sind nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit zu lösen. Dazu gehört unverzichtbar die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Dazu gehört der Beitrag aller Staaten in Europa, auch der Sowjetunion.

Die Einheit Deutschlands und Europas rückt näher. Wenn Sie heute dem Staats-

Kommentare zum Staatsvertrag

Ein historischer Tag

Die Zustimmung von Volkskammer, Bundestag und Bundesrat zum Staatsvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik macht nicht nur den Weg frei für die Einführung der D-Mark in der DDR mit ergänzenden wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen. Obschon dies für sich genommen schon von größter Tragweite ist — der Staatsvertrag hat eine noch weit darüber hinaus reichende Bedeutung sowohl für die Freiheit als auch für die deutsche Einheit.

Die Welt

Blick nach vorn

Die scheinbare Sprödigkeit im Ton der Regierungserklärung des Bundeskanzlers verbarg nicht die innere Leidenschaft Helmut Kohls. Er legte sein bei weitem wichtigstes Werk in fast achtjähriger Regierungszeit vor. Der Staatsvertrag über die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR ist, allen Unkenrufen der jüngsten Wochen zum Trotz, praktisch in der am 18. Mai 1990 unterschriebenen Fassung über die parlamentarischen Hürden gegangen. Ein glänzender Erfolg für den Kanzler und seine Koalition, aber auch für die Einsichtigen und Maßvollen in der SPD-Fraktion, die nie das in Saarbrück-

ken verordnete unwürdige taktische Spiel um das große Ziel der Deutschen seit 1949 mitgemacht haben.

Die Kollegen der Volkskammer haben den Vertrag zur deutschen Einheit — und darum handelt es sich doch — gar noch rascher angenommen als die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Ein nicht zu überhörender Appell von der Spree an den Rhein. So ist durch breite Zustimmung in beiden freigewählten Parlamenten die politische und rechtliche Voraussetzung für den tatsächlichen Beginn der deutschen Einigung geschaffen. Ein demokratischer Prozeß, den wohl niemand mehr aufhalten will und kann.

Rheinische Post

Ein wichtiges Ja

Das Ja zum Staatsvertrag ist ein Ja zur deutschen Einheit. Wenn die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der DDR beginnt, ist der halbe Weg zur Einheit schon zurückgelegt. Noch in diesem Jahr soll sie vollendet werden. Es war also ein deutschlandpolitischer Schritt von großer Bedeutung, der jetzt in den Parlamenten der Bundesrepublik und der DDR getan wurde. Die Regierungen in West und Ost haben eine schwierige Aufgabe zu einem ersten Abschluß gebracht.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR sowie der vorliegenden Entscheidung über den endgültigen Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen zustimmen, haben wir wieder eine wichtige Etappe auf dem Weg dorthin zurückgelegt.

Vergessen wir niemals: Die Chance, die sich uns in diesen Monaten eröffnet, nimmt uns zugleich in beispielloser Weise in die Pflicht.

Ich rufe Sie, ich rufe uns alle und alle Deutschen dazu auf, daß wir uns dieser historischen Pflicht stellen. ■

Die SPD und der Staatsvertrag

Falsches Spiel mit den Nachbesserungsforderungen

Der Staatsvertrag ist gut ausgehandelt. Die Regierung der DDR hat zugestimmt, auch die dortige SPD. Der Staatsvertrag bedurfte keiner Nachbesserung. Wenn die SPD behauptet, auf ihre Nachbesserungsforderungen sei die Bundesregierung erst eingegangen, nachdem sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat geändert haben, ist das schlicht falsch. Es gab kein Thema in dem Gespräch mit der SPD, das nicht entweder im Staatsvertrag selbst bereits geregelt worden war oder das nicht für zusätzliche Vereinbarungen und Ausfüllungen ohnehin vorgesehen war. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages ist die Entwicklung natürlich nicht abgeschlossen. Sie geht weiter, bis die staatliche Einheit erreicht ist.

Bundeskanzler Helmut Kohl sprach schon Anfang des Jahres von einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Die SPD hat also die Sozialunion nicht erfunden, was sie heute den Leuten einzureden versucht. Am 1. Juli 1990 tritt zeitgleich die Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltunion in Kraft.

Die Behauptung der SPD, Wesentliches am Staatsvertrag geändert zu haben, ist aber nicht nur eine Mogelpackung. Sie offenbart auch ein unwürdiges Spiel, da andererseits erklärt wird, für die Folgen sei allein der Bundeskanzler verantwortlich.

Die SPD hat keine konstruktiven Vor-

schläge gemacht, wie die Probleme auf dem Weg zur deutschen Einheit zu bewältigen sind, weil ihr nichts eingefallen ist. Gemäß der Anweisung ihres Kandidaten wollte sie auch keinen konstruktiven Beitrag leisten. Die SPD ist erst durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat gegen den Willen Lafontaines in die Verantwortung gezwungen worden. Es haben sich die Kräfte vor allem in der Fraktion durchgesetzt, die Lafontaines Spekulation auf das deutschlandpolitische Chaos nicht mitmachen wollten und begriffen haben, daß es zum Staatsvertrag mit der DDR keine Alternative gibt.

Oskar Lafontaine hat des billigen Stimmenfangs wegen ein Theater inszeniert. Um die Sache ging es ihm nicht. Besonders deutlich wird dies durch eine Äußerung seines Vertrauten, Reinhard Klimmt, SPD-Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag, der als Ergebnis eine „Akzentverschiebung“ in der Beurteilung des Abstimmungsverhaltens sieht und sagte: Deshalb sei es am Ende auch egal, „wann wer aus welchen Gründen und wo die Hand hebt“. Geradezu entlarvend ist eine Äußerung der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs in der Mai-Ausgabe des „Vorwärts“. Darin berichtet sie über die SPD-Präsidiumssitzung am 14. Mai 1990 (!) und schreibt: „Aber wir denken, jetzt ist der Staatsvertrag ein faire Angebot an die DDR.“

Nachdem Lafontaine den Staatsvertrag mit der DDR wochenlang mit allen Mit-

teln bekämpft hat, erklärte er am 14. Juni 1990: „Ich habe von Anfang an gesagt, wir müssen den Staatsvertrag passieren lassen.“ Für wie dumm hält Lafontaine eigentlich die Menschen in Deutschland?

I. Umweltunion

Die SPD forderte, der Schaffung der Umweltunion den gleichen Rang wie der Wirtschaftsunion zu geben.

Für die CDU war die Einführung der Umweltunion mit der DDR von Anfang an eine Selbstverständlichkeit. Dies ergibt sich zum einen aus dem Staatsvertrag selbst, der von vornherein entsprechende Umweltvorschriften enthielt. Zum anderen hatte die Bundesregierung zusammen mit der DDR schon das Umweltrahmengesetz vorbereitet, das den Staatsvertrag präzisiert und ausfüllt. Die Bundesregierung hat der DDR schon zu einem Zeitpunkt geholfen, die Umweltsituation zu verbessern, als die SPD sich noch um ideologische Gemeinsamkeiten mit den SED-Machhabern bemühte.

Staatsvertrag und Umweltrahmengesetz gewährleisten, daß die Umweltunion mit der DDR bereits am 1. Juli 1990 beginnt. Mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wird spätestens bis zum Jahr 2000 das bestehende Umweltgefälle zwischen den beiden Teilen Deutschlands auf hohem umweltpolitischen Niveau vollständig ausgeglichen sein.

Die Vorschläge der SPD zum Staatsvertrag und zum Umweltrahmengesetz haben keinerlei substantielle Unterschiede zu den von der Bundesregierung vorgelegten Vorhaben gezeigt. Daher bestand auch kein Nachbesserungsbedarf. Dies scheint auch die SPD-Bundes-

tagsfraktion so gesehen zu haben, denn Änderungsanträge zum Art. 16 des Staatsvertrages unterblieben in der Sitzung des Bundestages am 30. 5. 1990.

Der Versuch der SPD, den falschen Eindruck zu erwecken, als sei auf ihre Initiative hin das Umweltrahmengesetz nachgebessert worden, ist zu durchsichtig, als daß er ernstgenommen werden könnte. Das verzweifelte Bemühen der SPD, noch im letzten Moment auf den verpaßten Zug zur deutschen Umweltunion aufzuspringen, ist gründlich mißlungen. Es handelt sich um absurde Scheingefechte, um das Gesicht zu wahren.

Die Fakten:

- Im Staatsvertrag geregelt: Art. 16 des Staatsvertrages kennzeichnet den Schutz der Umwelt als besonderes Anliegen beider Vertragsparteien, die sich verpflichten, die schnelle Verwirklichung einer deutschen Umweltunion anzustreben. Neuinvestitionen müssen nach Art. 16 Abs. 2 ab 1. Juli 1990 den Anforderungen entsprechen, die auch in der Bundesrepublik Deutschland gelten. Bestehende Industrieanlagen werden nach kurzen Übergangsfristen diesem strengen Umweltniveau angepaßt.
- Am 20. Dezember 1989 wurde die Bildung einer „Gemeinsamen Umweltkommission“ beschlossen. Die Arbeiten begannen im Februar 1990 und konnten Ende Mai 1990 abgeschlossen werden.
- Für den Bereich der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes wurde ebenfalls eine „Gemeinsame Kommission“ gebildet. Zu ihr gehört auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entsorgung der radioaktiven Abfälle und auf dem Gebiet des Atomrechts. Auf Empfehlung der Sicherheitsexperten wurde am 16. Februar 1990 entschieden, daß die Blöcke II und III des Kernkraftwerkes in Greifswald vom Netz gehen. (Am 1. Juni

1990 haben die beiden Umweltminister vereinbart, daß die Blöcke I bis IV in einem geordneten Abfahrverfahren vom Netz zu nehmen sind.) Mit dem Staatsvertrag ist sichergestellt, daß das Atomgesetz der Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 1990 ohne Abstriche in der DDR Gültigkeit erhält. Einzige Ausnahme ist § 18 Atomgesetz: Eine Entschädigung für sicherheitsbedingte Betriebseinstellungen wird dadurch ausgeschlossen.

● **Haushaltsmittel:** Für deutsch-deutsche Gemeinschaftsprojekte im Umweltschutz sind allein aus Mitteln des Bundesumweltministeriums 1990 rund 900 Mio. DM vorgesehen.

● **Sechs Umweltschutz-Projekte** wurden im Rahmen der gemeinsamen Erklärung vom **6. Juli 1989** vereinbart: Smog-Frühwarnsystem; Errichtung eines umweltfreundlichen Heizwerkes; Errichtung einer Anlage zur Hochtemperaturverbrennung von Arzneimittlrückständen; Errichtung eines Heizwerkes mit zwei Dampferzeugern mit zirkulierender Wirbelschichtbefeuerung für ballastreiche Rohbraunkohle; Errichtung einer Anlage für die Herstellung von Chlor nach dem Membrantrennverfahren; Verminderung von Chlorkohlenwasserstoff- und Quecksilberemissionen durch produktionsintegrierte Rückgewinnungseinrichtungen.

● Die von der **Gemeinsamen Umweltkommission** eingesetzte Arbeitsgruppe „Umweltrecht und Verwaltungsorganisation“ hat am **25. Mai 1990** den Arbeitsentwurf eines Umweltrahmengesetzes der DDR vorgelegt. Der Ministerrat der DDR hat den Entwurf am **13. Juni 1990** beschlossen. Dieses Umweltrahmengesetz enthält auch produktbezogene Regelungen. Dazu gehören insbesondere das Chemikaliengesetz und die auf ihm beruhenden Rechtsverordnungen.

● Bereits **Anfang des Jahres 1990** wurden **13 weitere Umweltschutz-Projekte** vorbe-

reitet, darunter Luftreinhaltemaßnahmen, ein umweltfreundliches Wärmeversorgungs-konzept und ein Abfallentsorgungskonzept mit Klärschlammverbrennung. Über 20 neue Projekte sind mittlerweile hinzugekommen.

II. Mißbrauchsregelungen und Stasi/SED-Vermögen

Die SPD forderte, daß das Vermögen des Stasi, der SED und ihrer Hilfsorganisationen sowie der Blockparteien für Zwecke der Allgemeinheit herangezogen wird.

Die Forderung der SPD, für Regelungen zu sorgen, die Mißbräuche im Zusammenhang mit der bevorstehenden Währungsumstellung in der DDR verhindern, wärmte nur ein Problem wieder auf, auf das die CDU bereits frühzeitig aufmerksam gemacht hat, weil dessen Lösung zwingend erforderlich ist, um zu verhindern, daß Stasi- und SED-Günstlinge sowie Spekulanten jedweder Art zu den Nutznießern der Währungsunion werden.

Wiederum war es eine Mogelpackung — das zeigt das Beispiel der Forderung nach Beschlagnahme des illegal erworbenen Parteivermögens in der DDR: Beim ersten Gespräch zwischen Bundesregierung und SPD am 29. Mai 1990 haben beide Seiten bereits gewußt, daß die DDR zwei Tage später dies mit einem Überraschungsbeschluß verwirklichen wollte. Die Bundesregierung hat sich an die mit der DDR vereinbarte Vertraulichkeit gehalten, die SPD — die von ihrer Schwesterpartei in der DDR mit Sicher-

heit ebenfalls informiert war — hat dies dagegen öffentlich auf ihre Fahnen geschrieben.

Die Fakten:

- Im Staatsvertrag mit der DDR nebst Anlagen (siehe Art. 9, 5 und 6 der Anlage 1) sind bereits eine Reihe von Modalitäten festgelegt, die einem Mißbrauch vorbeugen. Durch die ausschließliche Umstellung über Konten bei Kreditinstituten wird vollkommene Transparenz gewährleistet. Es gibt keine automatische Umstellung ohne vorherigen Antrag und es bedarf einer eidesstattlichen Versicherung der Antragsteller über den legalen Erwerb der Gelder. Ferner ist beabsichtigt, daß die DDR die Umstellung durch Eintragung in das Personaldokument des Antragstellers vermerkt. Die Regierung der DDR wird veranlassen, daß ihre zuständigen Organe der Strafverfolgung bei hinreichenden Anhaltspunkten eine Überprüfung von Bankguthaben hinsichtlich der Rechtmäßigkeit ihres Erwerbs und gegebenenfalls eine Sperrung von Konten vornehmen.

- Schon frühzeitig hat sich die CDU mit den anderen Parteien bei den Beratungen zum Staatsvertrag im Bundestagsausschuß „Deutsche Einheit“ dafür eingesetzt, daß die unrechtmäßig erworbenen Vermögen offengelegt und der Allgemeinheit zugeführt werden. Der Generalsekretär der CDU, Volker Rühle MdB, hat am 18. Mai 1990 öffentlich eine Stiftung für die Opfer des Stalinismus vorgeschlagen, die mit diesem Vermögen finanziert werden sollte.

- In der Vereinbarung der Koalitionsparteien der DDR vom 12. April 1990 heißt es bereits: „Die Koalition ist sich weiter einig, daß eine völlige Offenlegung des Vermögens der SED/PDS erfolgen muß und dessen Rechtmäßigkeit zu überprüfen ist. Unrechtmäßig erlangtes Vermö-

gen ist zu enteignen und dem Staatshaushalt zuzuführen. Ein Teil davon sollte für Wiedergutmachungsleistungen verwendet werden.“ Und: „Bei begründetem Verdacht ungerechtfertigter Bereicherung sind die Vermögensverhältnisse von ehemaligen Funktionären in Wirtschaft, Staat und Partei zu überprüfen.“

III. Strukturhilfe

Die SPD forderte Maßnahmen zur Erleichterung des Strukturwandels in der DDR-Wirtschaft.

Die Forderung der SPD nach flankierenden Maßnahmen für kleine und mittlere Betriebe ist eine Scheinforderung, die durch den Staatsvertrag bereits voll abgedeckt ist. Der Staatsvertrag ist sozialpolitisch ausgewogen und ökonomisch verknüpfbar.

Die Fakten:

- Artikel 26, Absatz 4 des Staatsvertrages sieht vor: „Es wird eine Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens vorgenommen. Das volkseigene Vermögen ist vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts in der Deutschen Demokratischen Republik zu nutzen“;

- Einführung einer degressiven Investitionszulage für Investitionen in der DDR (12 % für 1990, ab 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 8 %);

- Aufstockung des zinsgünstigen ERP-Kreditprogramms 1990 von 1,2 Mrd. DM auf 6 Mrd. DM;

- Aufstockung des Eigenkapitals der Kreditanstalt für Wiederaufbau, so daß diese in die Lage versetzt wird, zusätzliche Eigenprogramme in einem Volumen

von 6 Mrd. DM in der DDR durchzuführen;

● Ausdehnung des Eigenkapitalhilfeprogramms auf die DDR;

● Förderung von Beratung, Schulung, Information, Aus- und Fortbildung mit allein 80 Millionen DM 1990, zuzüglich voraussichtlich 85 Millionen DM im Bundeshaushalt für eine Bezuschussung von Umstrukturierungsberatungen von Kombinat durch westliche Unternehmensberatungsfirmen;

● Gewährung von steuerlichen Erleichterungen bei Übertragung von genutzten Wirtschaftsgütern bzw. für Verluste von Kapitalgesellschaften mit Sitz in der DDR durch das Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der DDR;

● Einführung eines Systems der Arbeitsförderung mit den Schwerpunkten berufliche Qualifizierung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;

● regionalpolitisches Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaftszur Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Grenzgebiet der DDR, Befristung zunächst auf zwei Jahre (1990 und 1991), Mittel: 200 Millionen DM, je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen;

● Festlegung eines Kreditermächtigungsrahmens für 1990 von 7 Mrd. DM und für 1991 von 10 Mrd. DM für das Treuhandvermögen zur Vorfinanzierung der zu erwartenden Erlöse durch Artikel 27, Absatz 1 des Staatsvertrages;

● Halbierung der Unternehmensschulden durch Umstellung im Verhältnis 2 : 1;

● umsatzsteuerliche Sonderregelungen zur Absatzförderung von DDR-Unternehmen: der Kürzungsanspruch für Warenbezüge aus der DDR beträgt

► vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990
11 Prozent, bei den in der Anlage zum

UStG bezeichneten Gegenständen 5,5 Prozent und für Marktordnungswaren 5 bzw. 2,5 Prozent und

► vom 1. Januar bis 31. März 1991
6 Prozent, bei den in der Anlage zum UStG bezeichneten Gegenständen 3 Prozent und für Marktordnungswaren 2,7 bzw. 1,4 Prozent.

IV. Konsens aller politischen Kräfte

Die SPD forderte den Bundeskanzler auf, die Gestaltung der deutschen Einheit nicht länger als Privatangelegenheit zu behandeln.

Der Vorwurf der SPD ist abwegig. Was die Bundesländer betrifft, hat Kanzleramtsminister Seiters dutzendmal der Öffentlichkeit erläutert, wie viele Termine und Absprachen stattgefunden haben. Es ging darum, daß mit dem Angebot auf eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein Datum gesetzt wurde, um den Strom der Übersiedler zu stoppen. Zu diesem Zeitpunkt war der Bundeskanzler zum Handeln berufen — das verlangt unsere Verfassungsordnung —, und dann wurde der Vertrag ausgehandelt.

Daß an dem Entwurf des Staatsvertrages die DDR-Regierung beteiligt war, bestreitet niemand. Daß der Hauptverhandler der DDR-Regierung Finanzminister Romberg war — ein Mitglied der SPD —, bestreitet auch niemand. Jeder weiß doch, daß alles, was besprochen wurde, natürlich auch der SPD hüben und drüben zugegangen ist. So wurde auch auf dem Parteitag der Ost-SPD in Halle darauf hingewiesen, daß die bundesdeutsche

SPD doch Bescheid wußte. Zu dem Zeitpunkt, als der Vertrag im Entwurf vorlag, wurden auch Gespräche mit der bundesdeutschen SPD geführt. Der Sinn dieser Gespräche war, die SPD zu informieren und ihr den Staatsvertrag zu erläutern. Der Bundeskanzler hat die Gestaltung der deutschen Einheit nie als Privatsache begriffen. Aber: Regieren heißt handeln und nicht abwarten.

Und im übrigen: Mit welcher SPD hätte man denn noch intensiver reden sollen? Mit denjenigen in der SPD, die zur deutschen Einheit stehen oder mit denjenigen wie Oskar Lafontaine, denen die ganze Richtung nicht paßt?

Die Fakten:

- Die Bundesländer haben einstimmig am 16. Mai 1990 dem Fonds für die deutsche Einheit zugestimmt, so daß man nicht sagen kann, es sei über die Köpfe der Bundesländer (und damit auch der SPD-regierten Bundesländer) hinweg entschieden worden.
- Seit dem 30. Januar 1990 hat die Bundesregierung 18 mal die entscheidenden Gremien der Bundesländer informiert, danach begannen die Kommissionssitzungen.
- Weitere Termine: 29. Mai 1990 und 12. Juni 1990: Gespräche der Bundesregierung mit der SPD; 11. Mai 1990: konstituierende Sitzung des Bundestagsausschusses „Deutsche Einheit“.

Hans Peter Stahl: Der Aufschwung in der DDR wird schnell eintreten

Die Diskussion um die deutsche Einigung dürfe nicht zu einem „kleinkarierten Erbsenzählen“ der Kosten verkommen. So der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stahl, auf dem Deutschen Spediteurtag in München.

Am 1. Juli 1990, an dem Tag, an dem der Staatsvertrag in Kraft tritt, tue sich kein Faß ohne Boden auf. Auch bedeute dieses Datum nicht den Beginn der Verelendung für die Menschen in der DDR.

Der Aufschwung in der DDR wird nach Stahls Worten schnell eintreten, und auch für die Menschen schnell spürbar sein. Natürlich werde es erhebliche Umstellungsschwierigkeiten geben.

Stahl: „Aber ziehen wir uns keine falschen Stiefel an. Diese Umstellungsschwierigkeiten sind weder die Schuld des Staatsvertrages noch der Regierungen in Berlin oder Bonn. Verantwortung dafür tragen einzig und allein die Kommunisten, die die DDR um der eigenen Macht willen in den Ruin geführt haben.“

Taugt nicht

Zu den Äußerungen des Ost-SPD-Vorsitzenden Thierse, die DDR-SPD unterstütze Oskar Lafontaine als Kanzlerkandidat, ziehe aber als Moderator der SPD-Vereinigung Vogel vor, erklärte der Parmentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers:

„Wer noch nicht einmal für die Vereinigung der SPD als Vormann taugt, taugt als Kanzler schon lange nicht.“

Mit der D-Mark neuer Zugang zu den Weltmärkten

Auf die Frage, welche Erwartung er mit der Einführung der D-Mark in der DDR am 1. Juli verbindet, hat der Spitzenbankier Röllner von der Dresdner Bank geantwortet:

„Mit der D-Mark erhalten die Bürger, Unternehmen und Institutionen in der DDR eine stabile, weltweit anerkannte und akzeptierte Währung, sowie Zugang zu den Weltmärkten mit einer Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen. Das bringt höhere Lebensqualität, erfordert aber auch die uneingeschränkte Umstellung auf die Bedingungen der Marktwirtschaft, damit die DDR-Wirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Ich erwarte, daß die Einführung der D-Mark und der Marktwirtschaft in der DDR, verbunden mit dem Zugang zu dem technischen und kaufmännischen Wissen sowie dem Kapital des Westens, die vorhandenen, bislang aber unzulänglich genutzten Produktivkräfte in der DDR zur Entfaltung bringen.“

Sie werden einen dynamischen Wachstumsprozeß in Gang setzen, der in einem überschaubaren Zeitraum zu einer weitgehenden Angleichung der Wirtschaftskraft und damit des Lebensstandards der Menschen in der DDR an den Stand in der Bundesrepublik führen wird.“

Auf dieselbe Frage antwortet der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker:

„Die Einführung der D-Mark bringt den Menschen einen international anerkannten und begehrten Gegenwert für ihre geleistete Arbeit. Ich bin sicher, daß dies Ansporn sein wird zu einem neuen Wirtschaftsaufschwung in kurzer Zeit, denn Leistung wird sich auch in der DDR wieder lohnen.“

Die D-Mark ist kaufkräftig und wertbeständig. Die Bürger der DDR sollten jetzt die D-Mark in den Vermögensaufbau stecken. Das muß jeder für sich planen, aber Immobilienerwerb, Lebensversicherungen, attraktive Sparformen sowie Unternehmensbeteiligungen werden sicherlich zu prüfen sein. In keinem Fall sollte das neue Geld nur konsumiert werden.“

Neuregelung der Aufnahmeverfahren für Aussiedler

Aussiedler aus osteuropäischen Staaten müssen ab dem 1. Juli 1990 das Aufnahmeverfahren vor der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland in den Herkunftsländern durchführen. Dadurch soll sichergestellt werden, daß nur solche Personen als Aussied-

ler einreisen, die zum schutzbedürftigen Personenkreis des Vertriebenenengesetzes gehören. Der Aufnahmebescheid ist Voraussetzung für Eingliederungsleistungen. Der Bescheid darf erst nach Zustimmung des aufnehmenden Landes der Bundesrepublik erteilt werden. Die Zustimmung kann nur verweigert werden, wenn rechtliche Voraussetzungen, z.B. die deutsche Staats- oder Volkszugehörigkeit, nicht erfüllt sind.

Dieser Mann soll Kanzler werden?

Nun ist der Staatsvertrag mit der DDR endlich beschlossene Sache. Damit sind wir auf dem Weg zur deutschen Einheit ein weiteres großes Stück vorangekommen. Wir haben als Deutsche bewiesen, daß Solidarität und Nächstenliebe für uns keine Fremdworte sind, sondern Verpflichtung. Der Vertrag ist für alle Deutschen eine Herausforderung und eine große Chance. Das vereinigte Deutschland wird wirtschaftlich nicht mehr am Rand von Europa liegen, sondern in der Mitte. Es wird vom Kopfbahnhof zur Drehscheibe im europäischen Handel.

Der einzige Wermutstropfen ist die bedauerliche Haltung der (west)deutschen Sozialdemokraten zum Staatsvertrag. Erst nannten sie ihn ein „fairer“ Angebot an die DDR“ (Anke Fuchs, 14. Mai, Vorwärts 6/90), unter dem Druck von Lafontaine probten sie dann seine Ablehnung. Um das Urteil der Ost-SPD scherten sie sich dabei nicht. Der eindringliche Appell Markus Meckels „Wir brauchen den Staatsvertrag. Deshalb die Bitte: Stimmt diesem Vertrag zu!“ (Bild, 11. 6. 1990) blieb lange Zeit ungehört und begegnete dem unsinnigen Vorwurf, alles ginge viel zu schnell. So, als ob durch Abwarten die Dinge besser würden.

Das jetzige „Ja“ der SPD bleibt ver-schwommen. Die SPD-regierten Länder Saarland und Niedersachsen lehnen den Vertrag weiterhin ab. Der SPD-Parteivorstand beschloß am 14. Juni zwar die Zustimmung, aber mit dem Zusatz: „Für die Folgen des von ihm (dem Bundeskanzler) eingeschlagenen Kurses trägt er allein die politische Verantwortung.“ So, als ob mit der Zustimmung nicht auch

Verantwortung verbunden sei. Wen will die SPD damit überzeugen?

Lafontaine drohte damit, von der Kandidatur zurückzutreten, falls die SPD dem Vertrag zustimmte. Die SPD-nahe Frankfurter Rundschau schrieb damals: „Auf den Saarländer kommt deshalb unerbittlich der Augenblick zu, an dem er sich entscheiden muß zwischen dem Verlust seiner Glaubwürdigkeit, wenn er zustimmt, und dem Verlust seiner Kandidatur, wenn er ablehnt.“ (30. Mai 1990). Jetzt stimmt die SPD zu, Lafontaine findet aber nicht den Mut und den Anstand zum Rücktritt. Seine Glaubwürdigkeit ist endgültig dahin.

Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Und dieser Mann soll Kanzler werden? ■

Pressestimmen

Rolle rückwärts

Die SPD hat sich entschieden, die parteischädigende Führungsdiskussion durch Verschieben zu erledigen: Der erste gesamtdeutsche SPD-Vorsitzende wird nicht Oskar Lafontaine, sondern Hans-Jochen Vogel heißen. Endgültig entschieden wird die Führungsfrage erst im Mai 1991. Ob Lafontaine dann „springt“, ist keineswegs so gewiß, wie seine Anhänger zu verstehen geben.

Scherbenhaufen im Westen, Aufatmen im Osten: Die Parteifreunde von drüben hatten in den letzten Tagen keinen Hehl aus ihrer Präferenz für den „integrierenden“ Vogel gemacht, den sie im historischen Vereinigungsjahr dem Hasardeur von der Saar vorziehen. Daß Lafontaine bereit

Generalsekretär Volker Rühle:

SPD stempelt Lafontaine zum Kanzlerkandidaten zweiter Klasse

Zur Entscheidung des SPD-Präsidiums über den Parteivorsitz erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Der Beschluß des SPD-Präsidiums hat als Auftakt des Bonner Sommertheaters weitreichende Bedeutung:

Mit der Entscheidung, gegen den Wunsch der Lafontaine-Anhänger Hans-Jochen Vogel als gesamtdeutschen SPD-Vorsitzenden vorzuschlagen, hat die SPD Lafontaine abgewertet und ihn zum Kanzlerkandidaten zweiter Klasse gestempelt. Offenbar macht sich in Teilen der SPD Skepsis

über die Erfolgchancen des Kandidaten breit. Die eigenen Reihen trauen dem wankelmütigen Lafontaine nicht zu, daß er den schwierigen Prozeß der Zusammenführung der SPD in Ost und West gestaltet. Lafontaine ist von seinem Image, ein Gegner der Einheit zu sein, wieder eingeholt worden.

Vogel muß jetzt damit leben, bis zum Frühjahr ein Vorsitzender auf Abruf zu sein. Die Entscheidung der bayerischen Sozialdemokraten für eine Neuwahl des gesamtdeutschen SPD-Vorsitzenden zeigt, daß der Führungsstreit innerhalb der SPD noch längst nicht abgeschlossen ist.

war, die Einheit billigen Wahlkampfangenomenen zu opfern, hat bei den verantwortungsbereiten Genossen drüben Entsetzen ausgelöst.

Diese Echternacher Springprozession — vor, zurück, vor, zurück — ergibt für die SPD ein knappes halbes Jahr vor der ersten gesamtdeutschen Wahl ein schwaches Bild. Bloßgestellt ist Vogel, der in den letzten Wochen bis an den Rand der Selbstverleugnung versucht hat, die Enden der Partei zusammenzubinden. Weil Lafontaine erst nach dem Parteivorsitz griff — oder zu greifen schien — und die heiße Kartoffel dann fallen ließ, erscheint Vogel nun als nicht etwa der richtige Helfer des Spitzenmannes, sondern als zweite Wahl.

Blamiert auch die Anhänger des Kandidaten, die Ehmke, Spöri usw., die auf eigene Faust Lafontaines Kandidatur betrieben,

den Parteivorsitzenden brüskierten und die Stimmung in der Partei nach Lage der Dinge unnötig polarisierten. Und der Kandidat selber?

Er hat sich, wie schon bei seiner Kandidatur, als Zauderer entpuppt, der im entscheidenden Moment vor der Last einer Verantwortung zurückschreckt. Wer sich nicht zutraut, eine Partei zu führen, wie will er die Bevölkerung davon überzeugen, daß er ein ganzes Land führen kann?

Die Welt

Bärendienst

So verscherzt man sich Freunde: Wochenlang hat Oskar Lafontaine die „Enkel“ der SPD für sich trommeln lassen, um die Partei auf einen Führungswechsel vorzubereiten.

Jetzt, wo es soweit sein sollte, hat der Kandidat gekniffen — mal wieder. Mit dieser

Hü-und-Hott-Taktik erweist Oskar Lafontaine seiner Partei einen Bärendienst: Die Übernahme des Parteivorsitzes wäre nämlich ein Signal gewesen, daß Lafontaine zuversichtlich ist, die Auseinandersetzung mit Helmut Kohl zu gewinnen.

Daß er sich anders entschieden hat, deutet darauf hin, daß Lafontaine den Mut verloren hat: Er kalkuliert eine Niederlage ein, für die er nicht geradestehen will.

Express

Kandidat auf Null

SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine ist auf der ganzen Linie eingeknickt. Bei der Diskussion um den Staatsvertrag mit der DDR hatte er Kernforderungen fallengelassen. Übrig blieben schmeichelnde Worte für „Verdienste“ um Nachbesserungen. Jetzt hat Lafontaine seine Anhänger erneut verblüfft, weil er, wie schon im März 1987, vor der Übernahme des Parteivorsitzes zurückzuckte. Auch für die nächste Möglichkeit zum Wechsel hat er keine Zusage.

Die Anhänger des als „Ideengeber“ für die Partei und als „Hoffnungsträger“ der jüngeren Generation gepriesenen Saarländers mußten wieder einmal einsehen, daß ihr

Zitat

„Er ist eine Mischung aus Rosa Luxemburg und Radio Luxemburg.“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag, Erwin Teufel, über den SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine

Mann zwar gerne Konflikte sucht, sie aber oft nicht durchsteht. Es mag eine Rolle spielen, daß die Folgen des Messerstichs vom 25. April seinen Durchsetzungswillen geschwächt haben. Er konnte sich aber diesmal auf Mitstreiter verlassen, die fest entschlossen waren, seine Ansprüche zu unterstützen.

Wiederholt hat Lafontaine eingefordert, was vor vier Jahren SPD-Kandidat Johannes Rau vermissen mußte: hundertprozentigen Rückhalt von Partei und Bundestagsfraktion. Jetzt weiß er, daß nur eine Minderheit ihm folgt. Als Herausforderer des übermächtig scheinenden Bonner Regierungschefs ist Lafontaine zur Null geworden. Seine Kanzlerkandidatur ist sinnlos.

Frankfurter Rundschau

Konjunktur im Aufschwung

Die glänzende Konjunktur hat sich im ersten Quartal dieses Jahres fortgesetzt und der Bundesrepublik ein reales Wachstum des Bruttosozialproduktes von 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal beschert. Mit dem Plus von 4,4 Prozent fiel der Anstieg der wirtschaftlichen Leistung noch etwas stärker aus als in den beiden letzten Quartalen 1989. Im 4. Quartal war ein Plus von 3,6 Prozent und im 3. Quartal von 3,2 Prozent erwirtschaftet worden.

331.000 offene Stellen

Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt klaffen immer weiter auseinander. In fast allen großen Berufsgruppen gibt es mehr Plätze als Bewerber. Nach einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit meldeten sich vom Oktober 1989 bis März 1990 bei den Arbeitsämtern 356.000 Bewerber um eine Lehrstelle, sechs Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Das Angebot an offenen Ausbildungsplätzen stieg hingegen um 14 Prozent auf 574.700.

Gemeinsame Erklärung

der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen

Die Teilung Deutschlands, die damit verbundene Bevölkerungswanderung von Ost nach West und die unterschiedlichen Rechtsordnungen in beiden deutschen Staaten haben zu zahlreichen vermögensrechtlichen Problemen geführt, die viele Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland betreffen.

Bei der Lösung der anstehenden Vermögensfragen gehen beide Regierungen davon aus, daß ein sozial verträglicher Ausgleich unterschiedlicher Interessen zu schaffen ist. Rechtssicherheit und Rechtseindeutigkeit sowie das Recht auf Eigentum sind Grundsätze, von denen sich die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland bei der Lösung der anstehenden Vermögensfragen leiten lassen. Nur so kann der Rechtsfriede in einem künftigen Deutschland dauerhaft gesichert werden.

Die beiden deutschen Regierungen sind sich über folgende Eckwerte einig:

1 Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die

Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.

2 Treuhandverwaltungen und ähnliche Maßnahmen mit Verfügungsbeschränkungen über Grundeigentum, Gewerbebetriebe und sonstiges Vermögen sind aufzuheben. Damit wird denjenigen Bürgern, deren Vermögen wegen Flucht aus der DDR oder aus sonstigen Gründen in eine staatliche Verwaltung genommen worden ist, die Verfügungsbefugnis über ihr Eigentum zurückgegeben.

3 Enteignetes Grundvermögen wird grundsätzlich unter Berücksichtigung der unter a) und b) genannten Fallgruppen den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben zurückgegeben.

a) Die Rückübertragung von Eigentumsrechten an Grundstücken und Gebäuden, deren Nutzungsart bzw. Zweckbestimmung insbesondere dadurch verändert wurden, daß sie dem Gemeingebrauch gewidmet, im komplexen Wohnungs- und Siedlungsbau verwendet, der gewerblichen Nutzung zugeführt oder in eine neue Unternehmenseinheit einbezogen wurden, ist von der Natur der Sache her nicht möglich. In diesen Fällen wird eine

Entschädigung geleistet, soweit nicht bereits nach den für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Vorschriften entschädigt worden ist.

b) Sofern Bürger der Deutschen Demokratischen Republik an zurückzüubereignenden Immobilien Eigentum oder dingliche Nutzungsrechte in redlicher Weise erworben haben, ist ein sozial verträglicher Ausgleich an die ehemaligen Eigentümer durch Austausch von Grundstücken mit vergleichbarem Wert oder durch Entschädigung herzustellen. Entsprechendes gilt für Grundvermögen, das durch den staatlichen Treuhänder an Dritte veräußert wurde. Die Einzelheiten bedürfen noch der Klärung.

c) Soweit den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben ein Anspruch auf Rückübertragung zusteht, kann statt dessen Entschädigung gewählt werden. Die Frage des Ausgleichs von Wertveränderungen wird gesondert geregelt.

4 Die Regelungen unter Ziffer 3 gelten entsprechend für ehemals von Berechtigten selbst oder in ihrem Auftrag verwaltete Hausgrundstücke, die aufgrund ökonomischen Zwangs in Volkseigentum übernommen wurden.

5 Mieterschutz und bestehende Nutzungsrechte von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik an durch diese Erklärung betroffenen Grundstücken und Gebäuden werden wie bisher gewahrt und regeln sich nach dem jeweils geltenden Recht der Deutschen Demokratischen Republik.

6 Bei verwalteten Betrieben werden die bestehenden Verfügungsbeschränkungen aufgehoben; der Eigentümer übernimmt sein Betriebsvermögen.

Für Betriebe und Beteiligungen, die 1972 in Volkseigentum überführt wurden, gilt das Gesetz vom 7. März 1990 über die Gründung und Tätigkeit privater Unter-

nehmen und über Unternehmensbeteiligungen. Hierbei wird § 19 Absatz 2 Satz 4 des Gesetzes so ausgelegt, daß den privaten Gesellschaften der staatliche Anteil auf Antrag zu verkaufen ist; die Entscheidung über den Verkauf steht somit nicht im Ermessen der zuständigen Stelle.

7 Bei Unternehmen und Beteiligungen, die zwischen 1949 und 1972 durch Beschlagnahme in Volkseigentum überführt worden sind, werden dem früheren Eigentümer unter Berücksichtigung der Wertentwicklung des Betriebes das Unternehmen als Ganzes oder Gesellschaftsanteile bzw. Aktien des Unternehmens übertragen, soweit er keine Entschädigung in Anspruch nehmen will. Einzelheiten bedürfen noch der näheren Regelung.

8 Sind Vermögenswerte — einschließlich Nutzungsrechte — auf Grund unlauterer Machenschaften (z. B. durch Machtmißbrauch, Korruption, Nötigung oder Täuschung von Seiten des Erwerbers) erlangt worden, so ist der Rechtserwerb nicht schutzwürdig und rückgängig zu machen; in Fällen des redlichen Erwerbs findet Ziffer 3 b) Anwendung.

9 Soweit es zu Vermögenseinziehungen im Zusammenhang mit rechtsstaatswidrigen Strafverfahren gekommen ist, wird die Deutsche Demokratische Republik die gesetzlichen Voraussetzungen für ihre Korrektur in einem justizförmigen Verfahren schaffen.

10 Anteilsrechte an der Altguthaben-Ablösungsanleihe von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland werden einschließlich der Zinsen in der 2. Jahreshälfte 1990 — also nach der Währungsumstellung — bedient.

11 Soweit noch Devisenbeschränkungen im Zahlungsverkehr bestehen, entfallen

diese mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

12 Das durch staatliche Stellen der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Rechtsträger-Abwicklungsgesetzes treuhänderisch verwaltete Vermögen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die auf dem Gebiet der DDR existieren oder existiert haben, wird an die Berechtigten bzw. deren Rechtsnachfolger übergeben.

13 Zur Abwicklung:

a) Die Deutsche Demokratische Republik wird die erforderlichen Rechtsvorschriften und Verfahrensregelungen umgehend schaffen.

b) Sie wird bekanntmachen, wo und innerhalb welcher Frist die betroffenen Bürger ihre Ansprüche anmelden können. Die Antragsfrist wird sechs Monate nicht überschreiten.

c) Zur Befriedigung der Ansprüche auf Entschädigung wird in der Deutschen Demokratischen Republik ein rechtlich selbständiger Entschädigungsfonds getrennt vom Staatshaushalt gebildet.

d) Die Deutsche Demokratische Republik wird dafür Sorge tragen, daß bis zum Ablauf der Frist gemäß Ziffer 13 b) keine Verkäufe von Grundstücken und Gebäuden vorgenommen werden, an denen frühere Eigentumsrechte ungeklärt sind, es sei denn, zwischen den Beteiligten besteht Einvernehmen, daß eine Rückübertragung nicht in Betracht kommt oder nicht geltend gemacht wird. Veräußerungen von Grundstücken und Gebäuden, an denen frühere Eigentumsrechte ungeklärt sind und die dennoch nach dem 18. Oktober 1989 erfolgt sind, werden überprüft.

14 Beide Regierungen beauftragen ihre Experten, weitere Einzelheiten abzuklären. ■

Kommentar

Vernünftige Übereinkunft

Vernunft ist von uns Deutschen hüben und drüben verlangt, wenn es jetzt in der Praxis darum geht, komplizierte Eigentumsverhältnisse an Haus- und Grundbesitz in der DDR zu regeln. Zumal da sehr viele Emotionen mitschwingen. Das ist verständlich, denn die eigene Wohnung, das Eigentum haben auf beiden Seiten einen hohen Stellenwert. Deshalb muß eine Balance zwischen „konkurrierenden“ Sachverhalten gefunden werden. Und zwar eine Balance zwischen den Ansprüchen, die sich aus den Grundbüchern heraus ergeben, und den Interessen der Menschen, die seit Jahrzehnten in der DDR ein Haus bewohnen, im guten Glauben, daß es ihnen gehöre. Von der Bonzenwirtschaft der SED und der Stasi einmal abgesehen, haben viele für „ihr Haus“ viel Geld bezahlt — und meist noch mehr an eigener Arbeitskraft zur Erhaltung investiert. Es muß verhindert werden, daß jetzt aufgerechnet wird, daß es zu persönlichen Schrofheiten kommt und so am Anfang unseres Miteinanders viel böses Blut entsteht.

Die Welt

Aufhebung der Notaufnahme

Die Notaufnahme für Übersiedler aus der DDR wird zum 1. Juli 1990 aufgehoben. Diejenigen, die vor diesem Datum ihren ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik genommen haben, erhalten die Möglichkeit, noch innerhalb einer Frist von drei Monaten einen Antrag nach dem Aufnahmegesetz zu stellen. Begleitend will die Bundesregierung Regelungen zur Beendigung der auf Richtlinien beruhenden Leistungen für Übersiedler treffen.

Gemeinsamer Ausschuß für Kulturpolitik:

Länder behalten Kulturhoheit

Zur konstituierenden Sitzung ist am 19. Juni in Berlin (Ost) der „Gemeinsame Ausschuß für Kulturpolitik“ der CDU-Parteien in den beiden Staaten in Deutschland zusammengetreten. Im Anschluß an die Sitzung erklärten die Delegationsleiter, der Staatssekretär im Ministerium für Kultur der DDR, Uwe Bartsch und der Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz, Georg Gölter:

● Im Prozeß der Einigung der beiden Staaten in Deutschland kommt der Kulturpolitik ein hoher Stellenwert zu. Ziel der CDU-Parteien in beiden Staaten in Deutschland ist eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewußtsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Als rohstoffarmes Land liegt das Zukunftspotential Deutschlands vor allem in der schöpferischen Kraft der Menschen. Das Wissen und Können, die Leistungsbereitschaft und die Kreativität der Bürger bestimmen wesentlich den künftigen wirtschaftlichen Fortschritt sowie die soziale Sicherheit in Deutschland.

● Die CDU spricht sich dafür aus, daß die politische und administrative Verantwortung für Bildung, Ausbildung, Hochschule und Kultur von den Ländern in Deutschland getragen wird. Diese Zielsetzung ist zugleich ein Beitrag zu einer vielfältig differenzierten, an den historisch gewachsenen Traditionen der Regionen orientierten europäischen Kulturlandschaft.

● Die CDU bekennt sich zu einer Kulturpolitik, die ein von jeglicher Reglementie-

rung ungehindertes künstlerisches Schaffen gewährleistet und sich allen geistigen Schätzen unseres Volkes, Europas und der Welt öffnet.

● Die Vertreter der CDU in den beiden Staaten in Deutschland stimmen in dem Grundsatz überein, daß das Bildungswesen die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten sowie das unterschiedliche Leistungsvermögen der Menschen berücksichtigen muß. Die CDU tritt deshalb für ein vielfältig differenziertes, staatlich wie privat getragenes Schulwesen ein, das unterschiedliche, aber gleichwertige Bildungswege mit jeweils besonderem pädagogischem Auftrag und eigenständigem Profil anbietet. Eltern haben das Recht, die richtige Schule für ihr Kind wählen zu können.

● Die CDU Deutschlands spricht sich für ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung aus. Die Ausbildung soll jedem Jugendlichen helfen, in freier Wahl einen Beruf zu finden, in dem er seine Fähigkeiten und Neigungen entfalten kann. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft von großer Bedeutung. Die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie der Bereich der gymnasialen Oberstufe und der Hochschule.

Beide CDU-Parteien befürworten eine berufliche Ausbildung, die in öffentlicher Verantwortung die Lernorte „Betrieb“ und „Schule“ miteinander verzahnt; je nach Erfordernis der Praxis soll auch eine vollzeitschulische Berufsausbildung möglich sein. ■

Lehrstellen-Offensive für die DDR

Bundeskanzler Helmut Kohl will, daß bundesdeutsche Betriebe auf dem Gebiet der DDR genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, damit junge DDR-Bürger für ihre Lehre nicht in die Bundesrepublik kommen müssen.

Deshalb soll in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag sowie dem Zentralverband des Deutschen Handwerks für die DDR eine „konzertierte Aktion“ zur massenhaften Bereitstellung von Lehrstellen gestartet werden.

Sollte die Ausbildungskapazität der DDR-Betriebe dafür nicht ausreichen, denkt der Bundeskanzler daran, in der Bundesrepublik bereits pensionierte

Ausbilder vorübergehend zu reaktivieren, um sie in der DDR einzusetzen. Um die Lehrstellen-Aktion in Gang zu bringen, ist an eine Sondertagung in der DDR gedacht.

Eine ähnliche Lehrstellen-Offensive hat sich 1983 bei uns als voller Erfolg erwiesen: Die Wirtschaft sagte damals dem Bundeskanzler auf seine Initiative hin 30.000 zusätzliche Lehrstellen zu. Bereits wenige Monate später meldeten die Wirtschaftskammern eine Zunahme der Lehrstellen um fast 40.000.

Damit wurde die Zusage nicht nur voll erfüllt, sondern bei weitem überschritten. Der damalige Erfolg kann jetzt in der DDR wiederholt werden.

CDU Niedersachsen mit neuer Führung

Die Niedersachsen-CDU geht mit einer neuen Führung in die nächsten zwei Jahre. Mit überwältigender Mehrheit wählten die Delegierten auf dem Landesparteitag am 23. Juni in Hannover den bisherigen Innenminister und Landtagsabgeordneten Josef Stock zum Landesvorsitzenden. Er löst damit Wilfried Hasselmann ab, der 22 Jahre dieses Amt innehatte.

Stock setzte sich mit 353 Stimmen gegenüber seinen Gegenkandidaten Professor Dr. Werner Münch, MdEP, (118) und Klaus-Jürgen Hedrich, MdB, (51) durch. Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Rudolf Seiters, Kanzleramtsminister, (491 Stimmen) und Professor Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin, (431 Stimmen) wurden in ihrem Amt bestätigt. Der Bundestagsabgeordnete Walter Link (424) löst Minister a. D. Hermann

Schnipkoweit ab, der auf eine Wiederwahl als Stellvertreter verzichtete. In ihren Ämtern wurden bestätigt der Landesschatzmeister Dr. Dietrich Hoppenstedt (464) sowie Generalsekretär Hartwig Fischer (467).

Als Beisitzer für den Landesvorstand der Niedersachsen-CDU wählten die 521 Delegierten die folgenden Politiker (alphabetisch):

Birgit Breuel, Gertrud Dempwolf, Hermann Dinkla, Hans Eveslage, Kurt Dieter Grill, Heiner Herbst, Wilhelm Hogrefe, Franz Holtgreve, Horst Hermann, Matthias Kues, Prof. Dr. Werner Münch, Martha Ortmann, Rita Pawelski, Dr. G. Quisthoudt-Rowohl, Dr. Hans-U. Schneider, Andrea Sielhorst, Lutz Stratmann, Anneliese Zachow. ■

Nationaler FCKW-Ausstiegsplan verdient weltweite Nachahmung

Zur zweiten Vertragsstaatenkonferenz der 69 Unterzeichner-Länder des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht der Erde in London vom 20. bis 29. Juni erklärte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“, Kurt-Dieter Grill:

Der nationale Ausstieg aus Produktion und Verbrauch der als „Ozonkiller“ geltenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) wird beschleunigt. Die Regierung Helmut Kohl hat am 30. Mai 1990 ein umfassendes Verwendungsverbot von FCKW und Halonen beschlossen. Mit dieser Verordnung ist gewährleistet, daß die Bundesrepublik Deutschland stufenweise bis zum Jahr 1995 als erstes Land der Welt aus Produktion und Verbrauch von FCKW aussteigen wird.

Unser Ausstiegsplan zeigt auch den anderen 68 in London vertretenen Unterzeichner-Ländern des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht der Erde den Weg. Er verdient weltweite Nachahmung. Die Ozonschicht kann nicht länger warten. In London muß jetzt der endgültige internationale FCKW-Ausstieg beschlossen werden.

1987 war in Montreal vereinbart worden, Produktion und Verbrauch von FCKW bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Diese Zielvorgabe ist absolut unzureichend, denn damit ist der weltweite Schutz von Mensch und Umwelt vor den Auswirkungen auf die Ozonschicht und das Klima nicht gewährleistet. Jährlich werden weltweit mehr als eine Million Tonnen FCKW produziert — das ist nicht länger verantwortbar.

Die CDU fordert daher:

- ein weltweites Verbot der „Ozonkiller“ möglichst bis 1997 — spätestens aber vor dem Jahr 2000;
- die grundsätzliche Befürwortung einer Abgabenerhebung auf Produkte, die das gefährliche Treibgas enthalten, um den Ausstieg flankierend zu beschleunigen. Mit dem Abgabenaufkommen können die Entwicklungsländer beim FCKW-Ausstieg unterstützt werden.
- die Einbeziehung zusätzlicher Stoffe (Tetrachlorkohlenstoff und Methylchloroform) über FCKW und Halone hinaus in das Protokoll.

Bundesumweltminister Töpfer hat in London keinen leichten Stand, obwohl das nationale FCKW-Verbot seine internationale Verhandlungsposition stärkt.

Die „Ozonkiller“ können nur gemeinsam mit anderen Staaten zur Strecke gebracht werden. Trotz der Vorreiter-Position der Bundesrepublik — 1982 gab es noch über 50.000 Tonnen FCKW allein in Sprühdosen, 1989 waren es nur noch rund 2.500 Tonnen — besteht zur Freude solange wenig Grund, wie andere bremsen. Der Langsamste darf nicht länger das Tempo bestimmen.

Man kann von der Londoner Konferenz nur hoffen, daß mehr Industrieländer ihre weltweite Verantwortung ernst nehmen und beim FCKW-Ausstieg endlich handeln. Der gordische Knoten muß in London durchhauen werden. ■

Unsere Sommerwerbemittel

Best.-Nr.	Titel	Mindestabnahme	Preis pro Mindestabnahme
0458	Sonnenschirm ohne Fuß	1 Stück	75,— DM
0459	Fuß für Sonnenschirm	1 Stück	12,80 DM
0546	Aufkleber: „CDU“ für Canvassing-Stand, 78 x 42 cm	10 Stück	37,— DM
0994	Canvassing-Stand	1 Stück	182,— DM
8174	Poster DIN A0: Schöne Ferien	50 Expl.	57,— DM
8175	Poster DIN A1: Schöne Ferien	50 Expl.	25,— DM
8269	Ankündigungsplakat DIN A1: Sommer mit der CDU	50 Expl.	38,— DM
9669	Postkarte DIN A5: Schöne Ferien	50 Stück	7,50 DM
9056	Papiertragetasche: „CDU“	250 Stück	29,— DM
9059	Tischdeckenfolie mit CDU-Aufdruck, 50 m x 90 cm	1 Rolle	30,— DM
9253	Riesenluftballons Set à 3 Ballons (schwarz-rot-gold)	1 Set	22,— DM
9268	Folienballon in Herzform	10 Stück	20,— DM
9260	CDU-Drachen	5 Stück	16,— DM
9263	CDU-Regenschirm	1 Stück	9,45 DM
9292	Bierdeckel	600 Stück	21,— DM
9303	Papierfähnchen: „CDU — Die Zukunft“	1 000 Stück	80,— DM
9304	Luftballons, bunt sortiert	1 000 Stück	110,— DM
9305	Luftballondrahtstäbe	500 Stück	20,— DM
9614	Lederfußball	1 Ball	39,— DM
9778	Wasserball mit CDU-Aufdruck	25 Stück	35,— DM
9922	Getränkebecher	100 Stück	13,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Die Preise verstehen sich zuzügl. Mehrwertsteuer, inklusive Versand.

Was sagt die CDU zum Thema „Staatsvertrag“?

Die wichtigsten Argumente zum Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hat die Bundesgeschäftsstelle knapp und übersichtlich in einem Faltblatt zusammengestellt. Sie können dieses Faltblatt ab sofort

in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold bestellen.

Bestell-Nr.: 2271

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

15,— DM

zuzügl. Mehrwertsteuer inkl. Versand.

**KEINE
MACHT DEN
DROGEN**

Kampf den Drogen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jetzt einen nationalen Plan zum Kampf gegen die Drogen vorgestellt. Unter Mitarbeit aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und der Länder wurde ein Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan* erarbeitet.

Seine wichtigsten Ziele:

● **Verstärkte Vorbeugung:**

Allein der Bund hat seine Mittel von 1,8 Mio DM auf 12,8 Mio DM im Jahre 1990 erhöht. Länder und Kommunen intensivieren die Aufklärung in allen Erziehungs- und Bildungsbereichen. Mit Unterstützung des Deutschen Fußballbundes hat die Bundesregierung die Kampagne „Keine Macht den Drogen“ initiiert. Kinospots und andere Sonderaktionen sind geplant.

Bundeskanzler Helmut Kohl: »Wir müssen die Menschen bei uns, und ganz besonders die Jugend, für ein Leben ohne Suchtstoffe gewinnen und den Drogenkonsum gesellschaftlich ächten.«

● **Verbesserte Therapiemöglichkeiten:**

Beratungs- und Behandlungsangebote wer-

den verstärkt, Selbsthilfe- und Elternkreise gefördert. Das Angebot ambulanter Therapieplätze wird ausgebaut. Die Kostenregelung für stationäre Therapie wird verbessert, die Nachsorge intensiviert.

● **Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität:**

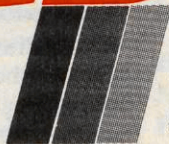
Spezialeinheiten der Strafverfolgungsbehörden werden ausgebaut, die Ermittlungsinstrumente verbessert. Rauschgiftkontrollen an den Außengrenzen der EG werden verstärkt. Rauschgiftverfahren werden beschleunigt. Der Strafrahmen für den illegalen Drogenhandel wird verschärft. Das Betäubungsmittelgesetz wird modernisiert. Die Vermögensstrafe wird eingeführt. Das „Waschen“ von Geld wird unter Strafe gestellt.

* Der Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan kann angefordert werden beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Kennedyallee 105-107, 5300 Bonn 2.

Die CDU wird sich bundesweit für die Umsetzung des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans einsetzen. Die Parole lautet:

Keine Macht den Drogen

CDU



Die
Zukunft

Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan

Prävention steht im Mittelpunkt

Zu dem von Bundeskanzler Helmut Kohl präsentierten Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU, Ruth Hieronymi:

Dank der Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl werden mit dem Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan alle gesellschaftlichen Kräfte zur Bewältigung des Drogenproblems gebündelt.

Aus jugendpolitischer Sicht begrüßenswert ist vor allem die Feststellung in diesem Plan, daß der Prävention bei der Suchtmittelbekämpfung zentrale Bedeutung zukommt. Denn richtig ist: Die Wurzel des Suchtproblems liegt nicht zuallererst bei den armen Bauern in fernen Anbaugebieten, bei der Drogenmafia und bei gewissenlosen Verführern, sondern in unseren Köpfen und Herzen. Deshalb muß die Nachfrage nach Drogen vermindert werden durch eine intensivere Aufklärung in allen Erziehungs- und Bildungsbereichen, insbesondere in den Schulen. Hierbei muß die bei vielen Jugendlichen vorhandene Ablehnung von Suchtmitteln verstärkt sowie persönliche und soziale Kompetenz zur Lebensbewältigung vermittelt werden.

Der Rauschgiftbekämpfungsplan beschreibt die Notwendigkeit, ein Klima zu schaffen, das jeder Verharmlosung oder Verherrlichung von illegalen Drogen energisch entgegenwirkt. Zugleich aber werden Tendenzen der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Abhängigen entschieden abgelehnt.

Besonders zu begrüßen sind eine Reihe von Vorschlägen für öffentlichkeitswirk-

same Aktionen und Kampagnen, die für eine wirksame Suchtprävention unverzichtbar sind.

Eine gute Werbung für ein drogenfreies Leben ist die Kampagne „Keine Macht den Drogen“, die die Bundesregierung mit Unterstützung des Deutschen Fußball-Bundes bereits begonnen hat und die gegenwärtig während der Fußballweltmeisterschaft bereits ihre Wirkung entfaltet.

In seinem Beschluß „Suchtfrei leben“ vom Mai 1989 hat der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU eine Reihe von Forderungen für eine verbesserte

Die Wurzeln des Suchtproblems liegen nicht bei den armen Bauern in fernen Anbaugebieten, sondern in unseren Köpfen und Herzen.

Ausgestaltung des Beratungs-, Behandlungs- und Nachsorgeangebotes erhoben, die sich in den einzelnen Kapiteln des Rauschgiftbekämpfungsplans widerspiegeln; insbesondere

- müssen Beratungs- und Behandlungsangebote verstärkt werden,
- muß die aufsuchende Sozialarbeit (Streetwork) verstärkt werden,
- müssen Selbsthilfegruppen und Elternkreise gefördert werden,
- muß die Arbeit mit inhaftierten Abhängigen verbessert werden,
- muß das Angebot an Therapieeinrichtungen differenziert werden,
- muß die Kostenregelung für stationäre Therapien verbessert werden,

● müssen ambulante Therapien qualitativ besser ausgestattet werden.

Darüber hinaus soll das Zeugnisverweigerungsrecht für Drogenberater in staatlich anerkannten Einrichtungen eingeführt werden.

In weiteren Kapiteln beschreibt der Rauschgiftbekämpfungsplan die notwendige Ausweitung des polizeilichen und rechtlichen Instrumentariums zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Einige Vorschläge davon sind bereits auf den Weg gebracht: gesetzgeberische Maßnahmen wie die Einführung eines Straftatbestandes der „Geldwäscherei“, die Einführung einer Vermögensstrafe wie auch die Modernisierung des Betäubungsmittelgesetzes.

Die CDU hat wiederholt erklärt, daß Drogenpolitik in gleicher Intensität präventiv, repressiv und therapeutisch sein muß. Die Gleichrangigkeit aller drei Ansätze ist unverzichtbar. Diesem Anspruch wird der vorliegende Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan in hohem Maße gerecht. ■

Büste zu Ehren von Peter Lorenz

Zur Erinnerung an Peter Lorenz, der 26 Jahre dem Abgeordnetenhaus von Berlin angehörte, hat dessen Präsident, Jürgen Wohlrabe, am 20. Juni in der Brandenburghalle eine Büste enthüllt. In seiner Rede würdigte Wohlrabe den langjährigen Bundestagsabgeordneten und zuletzt Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt als eine der prägenden Erscheinungen in der Politik Berlins. Mit dieser Büste wird ein vorbildlicher Berliner geehrt, ein Vollblutparlamentarier und Mann mit Tatkraft.

Wenn die Schule wieder anfängt

Wir haben unser Poster mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum erstmaligen ihren Schulweg gehen, in neuer Gestalt wieder

Vorsichtig fahren



**Kinder sind
das Größte
und so klein, daß
man sie
leicht übersieht.**

CDU

aufgelegt. Bestellen Sie dieses DIN-A 1-Plakat mit den Signalfarben Rot und Gelb in unserem Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold.

Bestell-Nr.: 7277

Mindestabnahme: 50 Exemplare

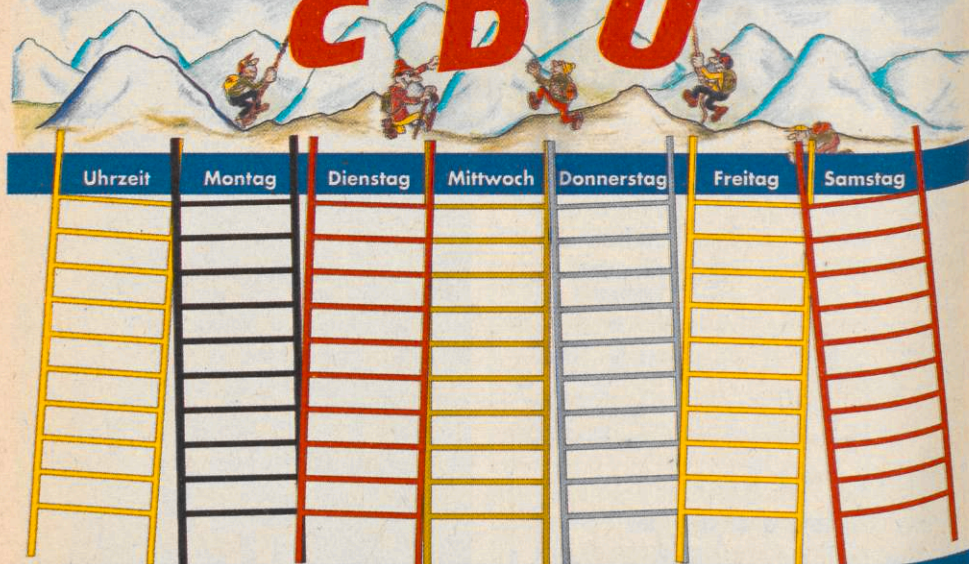
Preis pro Verpackungseinheit:

36,— DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

STUNDENPLAN

CDU



Wenn Sie diesen außergewöhnlich schönen Stundenplan für die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt oder Gemeinde haben wollen, bestellen Sie ihn in unserem Versandzentrum in Versmold, Bestell-Nr.: 9258, Mindestabnahme: 250 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

UiD

21/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.